

Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Poämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preussischen Monarchie 1 Thlr. 1/4 sgr.

Expedition: Krautmarkt N 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. G. Effenbart.

No. 40. Sonnabend, den 16. Februar 1850.

Neueste Nachrichten.

Stettin, 16. Februar. Wir vernehmen aus Berlin unterm 15ten d.: Von der Commission, die zur Prüfung der Einkommen- und Klassensteuer u. s. w. niedergesetzt worden ist, ist mit 14 gegen 1 Stimme entschieden worden, daß die Schlacht- und Wahlsteuer fortbestehen soll, verfehlt sich mit Aenderung der Klassensteuer. Es ist Grund vorhanden zu der Annahme, daß auch das Plenum der 1. Kammer später in ähnlicher Art bestimmen wird. Die Einkommensteuer wird morgen berathen. Sonst nichts Neues. Alle Gerüchte, welche über Frankreich in der Stadt, besonders an der Börse im Umlauf sind, sind falsch.

Berlin, vom 16. Februar.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Kreisrichter von Saldern zu Chodziesen zum Kreisgerichtsrath zu ernennen.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf den §. 17 des Gesetzes vom 15. April 1848 wird hierdurch bekannt gemacht, daß am 31. Januar d. J. 7,339,937 Thlr. in Darlehens-Kassen-Scheinen im Umlauf waren.

Berlin, den 12. Februar 1850.

Der Finanz-Minister von Rabe.

Deutschland.

Berlin, 15. Februar. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der ersten Kammer steht zunächst der Bericht des Gesamtvorstandes, betreffend die Genehmigung zur Einleitung einer Untersuchung gegen den Redakteur des Freimüthigen an der Haardt, wegen Beleidigung der Kammer. Gegen den Antrag des Ausschusses, die Genehmigung nicht zu erteilen, erklärt sich der Abg. Graf York. Die Kammer erteilt demohingeadtet nicht die Genehmigung.

Der zweite Punkt der Tagesordnung ist der Bericht über den Antrag des Abg. v. Vinke auf Errichtung von Gemeinde-Gerichten. Dem Antrage der Commission, auf Ueberweisung des vorgelegten Entwurfs an die betreffenden Ministerien, damit diese baldmöglichst eine dem Bedürfnisse entsprechende Vorlage machen, tritt die Kammer fast einstimmig bei.

Den übrigen Theil der Sitzung beschäftigte sich die Kammer mit der Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die auf „Mühlengrundstücken haftenden Reallasten.“

Berlin, 15. Februar. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer wurde um 11 1/2 Uhr eröffnet. Nachdem ein neu eingetretenes Mitglied den verfassungsmäßigen Eid geleistet hat, wird die Berathung der Gemeinde-Ordnung, zunächst der §. 30 derselben, aufgenommen. Die Anträge der Commission erhalten auch heute, in einigen Fällen mit nicht wesentlicher Modifikation, die Genehmigung der Kammer.

Berlin, 13. Februar. Der Bericht des Herrn Camphausen (in der ersten Kammer) über die Mecklenburgische Verfassungs-Angelegenheit geht davon aus, daß unwiderstehliche Schritte in dieser Sache noch von keiner Seite geschehen sind, und daß es daher um so mehr Aufgabe der Kammern ist, die Regierung zur Aufmerksamkeit bei dieser drohenden Verwicklung aufzufordern. Die scharfsinnige Deduction fällt entschieden ungünstig für die Schritte der Minorität der Mecklenburgischen Ritterschaft aus. Die Ausführung weist unter Andern nach, daß der bei der Bundes-Central-Commission eingebrachte Antrag eines Theils der Mecklenburgischen Ritterschaft auf Erlass eines Inhibitoriums von der preussischen Regierung zu verwerfen sei, und daß sie darauf einzugehen selbst dann nicht verpflichtet wäre, wenn das ehemalige Bundesrecht und die ehemalige Bundesverfassung noch in voller Kraft beständen. Es ist eine in der Sache selbst begründete Ironie, wenn der Bericht sich auf die authentische Feststellung des bezüglichen Bundesrechts stützt, welche der Bundestag bei Gelegenheit der hannoverschen Sache abgab (1838). Die betreffenden Aeusserungen Oesterreichs, denen sich die Mehrheit des Bundestags anschloß, sind unter Andern folgende vom 6. September 1838: „Es wird der Weisheit der deutschen Regierungen die Beachtung der Rücksicht vertrauensvoll anheimgestellt bleiben, daß dort, wo der Regent die landständischen Verhältnisse als eine innere Angelegenheit dauernd zu ordnen im Begriff steht, nicht gehörig bemessen Einwirkung oder unzeitige Erörterung das Friedenswerk, statt es zu fördern, beeinträchtigen könne.“ Vom 22. August 1839 über die Art 54—62 der Wiener Schluß-Acte: „Diese bilden eine Uebereinkunft, welche die hohen Bundesregierungen zur Sicherung des allgemeinen Wohls, von dem Gesichtspunkte der obersten Staatsgewalt aus, unter sich abgeschlossen haben, auf welche sie aber dritten und am allerwenigsten ihren resp. Unterthanen, mit rechtlicher Wirkung Bezug zu nehmen, wie-

mals gestatten können.“ Vom 12. Juli 1838: „Abgesehen davon, daß die Stellung einer einzelnen Corporation in einer Ständeverammlung kein selbstständiges, für sich bestehendes Recht zur Beschwerdeführung beim Bundestag begründet; sondern daß ständische Rechte nur in Gemeinschaft mit den übrigen Ständen ausgeübt werden dürfen, so enthält weder die Bundes-, noch die Schlußacte Bestimmungen, welche in einem Falle, wie der vorliegende, eine einzelne Corporation zur Beschwerdeführung beim Bundestage legitimiren.“ Wir übergehen die übrigen Deductionen des Berichts; aber diese Erinnerungen an die Nicht-Competenz des alten Bundestags sind zu charakteristisch, als daß sie uns nicht von Neuem das Bedürfnis nach einer bessern Bundesgerichts-Organisation recht lebhaft erwecken sollten.

Unter der Rubrik: „Die preussischen Finanzen und die Ministerial-Beamten“ enthält die N. Pr. 3. Folgendes:

„Wir haben wieder einmal Recht gehabt. Im Dezember erklärten wir, zur Aufrechterhaltung der militairischen Kraft Preussens müsse eine Anleihe von 22 1/2 Millionen gemacht werden — damals wurden wir verhöhnt — jetzt fordert der Kriegsminister zu demselben Zwecke 18 Millionen — über die Differenz von 4 1/2 Millionen wird Niemand mit uns rechten. Wir haben nochmals Recht gehabt. Wir erklärten damals, es sei die höchste Zeit, eine solche Anleihe zu machen, und seitdem sind die russische und sardinische Anleihe uns zugekommen, die den Markt bedeutend verschlechtert haben. — Sollen wir aber nun zum dritten Mal Recht behalten? Damals erklärten wir, die Anleihe, ohne Fundirung durch eine neue Steuer, sei ein Unding, und zur Auflegung einer neuen Steuer sei die höchste Zeit. Jetzt wird eine Fundirung für die Anleihe nicht gefordert, sie wird und muß aber nachträglich gefordert werden, so gut wie die Anleihe nachträglich gefordert worden ist, und will man denn auch sie zu spät fordern? — Man bedenke nur, daß die Wahlen unserer Kammern zum Staatenhause so gut wie eine Kriegserklärung gegen Oesterreich und Rußland sind, von socialistischen Umstürzen wollen wir gar nicht reden — Jetzt wäre eine neue Steuer eine Wohlthat für das Land, ein Sturzbad, um die lahmen Geister aufzufrischen, ein segensreicher Zwang zum Arbeiten; in wenigen Monaten wird sie eine Unmöglichkeit sein.“

Nun aber noch eine Frage an das Ministerium: — Warum verkündete man im November, daß der Finanzzustand des Landes außerordentliche Hilfsmittel nicht erfordere, während man weiß, daß man im Februar 18 Millionen brauchen wird; warum widersteht am 9. Februar ein Regierungs-Commissarius sich einem Amendement, das von den Staats-Forsten einen Einnahme-Verlust von mindestens 1 Million abwenden soll, während am 12. Februar der Kriegsminister eine Anleihe von 18 Millionen fordert? — Die Antwort wollen wir sagen: weil im Finanz-Ministerium wie im Ministerium des Innern die Details von Räten bearbeitet werden, die nicht für, sondern gegen das Ministerium arbeiten, weil man im November 1848 die Anarchie aus den Straßen, aber nicht aus den Bureaux vertrieben hat, weil in den Ministerien Personen sich breit machen, die ein Minister in öffentlicher Sitzung der Kammern als „unnütze Beamte“ hat bezeichnen müssen.“

Berlin, 14. Februar. Seit der Abstimmung der zweiten Kammer über die Einkommensteuer wird dieser vielbesprochene Gegenstand natürlich aufs Neue den lebhaftesten Diskussionen unterworfen. Denn es ist die Pflicht der Presse, sich dabei zu betheiligen, da die Entscheidung von zu tief greifender, und wie sie jetzt getroffen, nach unserer innersten Ueberzeugung von zu nachtheiliger Wirkung ist, um nicht Alle, die einen Einfluß darauf üben können, nochmals zur ernstesten Erwägung der Frage zu bestimmen, in der einer Theorie, die auch als solche nur der ganz oberflächlichen Betrachtung richtig erscheinen kann, Millionen leicht hin geopfert werden sollen. Wenn theoretisch behauptet wird: „Die allein richtige Steuer ist die nach Verhältnis des Einkommens entrichtete, und es sollte eigentlich keine andere geben,“ so ist diese Behauptung falsch. Der praktische Satz „si duo faciunt idem, non est idem“ tritt auch hier in Kraft. Die bloße Summe der Thaler ist nicht maßgebend, denn sie ist in den meisten Fällen bei gleicher Zahl eine ganz verschiedene durch die Einwirkung der Verhältnisse. Der Stand, die Vertlichkeit, die Stärke der Familie, die Art des Einkommens, Alles wirkt, und so bedeutend modifizierend mit, daß mit demselben Einkommen nach der Thalerzahl der Eine wohlhabend ist, der Andere kaum das Nothdürftige beschafft. Wenn also die Formel nicht alle diese Faktoren mit aufnimmt, so ist sie völlig falsch, rein in der Theorie völlig falsch. Nun kommen noch die Mängel der Praxis hinzu, die Schwierigkeit, das Einkommen richtig zu ermitteln, zu häufig die Unmöglichkeit, es selbst richtig anzugeben; die Widerwärtigkeit, Belästigung, die Nachteile, ja Gefahren, welche die erzwungene Enthüllung der Vermögensverhältnisse hat, und die oft zehnfach drückender sind, als die Steuer;

die üblen Folgen, welche durch eine so belastende, verhasste Steuer indirekt für den Armen eintreten werden, den man erleichtern will, und der durch die neue Steuererhebung keine Erleichterung empfangen, sondern empfindlicher belastet werden wird. — Die Distinction in der zweiten Kammer hat kein neues Licht auf die Frage werfen können, wohl aber gezeigt, daß die vom falschen Eifer getriebenen Anhänger der angeblichen Verbesserung durch den Verlauf mehrerer Monate noch nicht die Ruhe gewonnen haben, klarer zu sehen. Alles, was gegen das Gesetz gesagt werden muß, liegt so auf der Hand, daß es fast thöricht scheint, solche Gründe anzuführen. Dennoch beharren die Theoretiker auf ihrem Satz, und geben keinem Grunde Gehör. Die Wahl- und Schlachtsteuer soll demoralisiren; richtig, aber in viel geringerem Grade als die Einkommensteuer. Denn die Versuche, ja die Nothwendigkeit zur Umgehung der letzteren, ist ungleich stärker, findet viel natürlichere Entschuldigung, weil nicht die Steuer, sondern die daran geknüpften Bedingungen, öffentliche Darlegung der Vermögens-Verhältnisse, die jeder Vernünftige verschweigt, eine harte und unbillige Forderung sind, der sich zu entziehen, man sich unter Umständen wohl berechtigt fühlen kann. Dem Armen soll durch Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer Erleichterung werden, indem er die wichtigsten Lebensbedürfnisse wohlfeiler erhält. Aber er erhält sie nicht wohlfeiler, weil die Vertheilung der Steuer auf die kleinen Quantitäten oft nicht einmal in Pfennigen auszudrücken ist, im Handel und Wandel also gar nicht zur Geltung kommen kann. Dies fühlten auch die Vertheidiger jetzt, und sagen nicht mehr, daß die Erleichterung eintreten werde, sondern sichern sich den Rückzug durch die Behauptung, daß eine allmähliche Concurrenz diese Erleichterung erzeugen werde. Dieses „allmählig“ aber, wann wird es eintreten? In einem Jahr, in zehn, in zwanzig? Wenn der Arme sein Brod, sein Fleisch fortdauernd so theuer wie bis jetzt, und theurer bezahlt, und über die ihm baar aufgelegte Klassensteuer seufzt, wird man ihn damit beruhigen, daß man dieses unbestimmte „allmählig“ wiederholt? Und, was wir so oft gesagt, die Einsicht des Irrthums bringt nicht die Aufhebung der Folge mit sich, denn rückgängig lassen sich solche Einrichtungen nicht machen. Dem Staat sind nach dem oft, aber nie genug, angeführten Beispiel 2 Millionen genommen für die Salzsteuer, die Niemand fühlt; das Salz ist keinen Heller billiger geworden. Aber hebt einmal den Erlaß auf, so werdet ihr sehen, wie es auf der Stelle theurer wird. Denn der Verkäufer läßt sich wohl gern eine ansehnliche Summe jährlich schenken, sobald er sie aber zahlen soll, läßt er sie sich sofort durch den Detailverkauf erstatten. So werden Fleisch und Brod jetzt nicht wohlfeiler werden, aber wenn man den großen Irrthum dieser Fehletheorie eingesehen hat, und ihn gut machen will, wird die Vertheuerung dieser Bedürfnisse eintreten. — Jedem, der sich nicht in den Eifer für eine gefundene Formel, die das Exempel des Lebens nicht lösen wird, vertiefen, und dadurch den ruhigen Blick für die Wirklichkeit rauben will, müssen diese Gründe einleuchten. Es stellen sich ihm noch zahlreiche andere zur Seite, die wir jetzt nicht wiederholen wollen. Nur das Facit unserer Betrachtungen wollen wir abermals zusammenstellen. Die beabsichtigte Steuerumwandlung ist ein Experiment, dessen Resultat für Alle höchst nachtheilig sein, bei dem Niemand Vortheil haben wird, und das sich nicht rückgängig machen läßt. Eine Ausnahme von diesem „Niemand“ giebt es indeß: die Verkäufer im Großen; für diese creirt man eine Dotation; eine Dotation für die Wohlhabenden! Ist daher eine Vermehrung der Steuern nöthig, so geht die Wege, die ihr auch zurückgehen könnt, und wählt nicht die, welche größere Beschwerden mit sich führen, als die Last, die ihr dem, der sie zurücklegen soll, aufbürdet. Die Wahl- und Schlachtsteuer hebt nicht auf; führt keine gehässige Einkommensteuer ein; sondern verbessert die Klassensteuer, erleichtert dabei den Armeren und besteuert den Reicherer stärker. Dann dürft ihr gewiß sein, etwas Wohlthätiges und Heilsames gethan zu haben.

(B. 3.)

Berlin. (Sitzung des Schwurgerichts vom 13. Februar. Steuer-
verweigerungs-Prozeß. — Die gestern abgebrochene Verhandlung
der Anklage gegen Bucher wird fortgesetzt. Der Vertheidiger Dorn
will zur Charakterisirung der Anklage Einiges über die Denunciationen,
durch die sie veranlaßt worden, anführen. Der Gerichtshof verweigerte
es, hierauf einzugehen, und der Staatsanwalt erklärt: die Anklage sei zu-
nächst durch einen Artikel in der „Deutschen Reform“ veranlaßt worden.
Zur Begründung der Anklage führt der Staatsanwalt hierauf an: daß der
Fall des aktiven Widerstandes in dem Prozesse, so weit er Bucher be-
treffe, vorliege. Bucher habe in einer Proclamation, die „Mitbürger!
Landsleute!“ überschrieben sei, in einem Schreiben an den Magistrat zu
Stolz und in einer Unterredung mit dem Schlächter-Altermann Schulz in
Stettin den bewaffneten Widerstand gepredigt; er habe die Beschlagnahme
der Königl. Kassen empföhlen und die Bürgerwehr daran erinnert, daß sie
zum Schutz der verfassungsmäßigen Freiheit berufen sei. Uebrigens be-
merkt der Staatsanwalt noch, unterliege die Frage: ob die Handlungen,
die dem Angeklagten zur Last gelegt werden, durch die den Abgeordneten
zugewiesene Unverantwortlichkeit gedeckt würden? nicht der Beurtheilung
der Geschwornen, da sie keine That, sondern eine Rechtsfrage sei. In
längerer Rede begegnet der Vertheidiger Dorn den Ausführungen des
Staatsanwalts. Der Angeklagte selbst verzichtet auf das Wort.

Nach ihm ist der Müllerergeselle Quandt an der Reihe. Er ver-
sichert, die Briefe, deren die Anklage erwähnt, nicht selbst geschrieben zu
haben, da er der Feder nicht gewachsen sei. Es wird beschlossen, die Ver-
handlung so lange auszusetzen, bis der Schreiber, dessen er sich bedient hat,
ermittelt ist.

Der Küster und Lehrer Molbenhauer gesteht zu, Plakate, die ihm
als Abgeordneten amtlich zugekommen waren, in seinen Wahlbezirk ver-
sendet zu haben. Es folgt hierauf die Auslassung des Angeklagten Assessor
Pilet.

(Sitzung des Geschwornengerichts vom 14. Februar.) Die Ver-
handlung begann mit den Plaidoyers in der Untersuchung gegen den Re-
gierungsassessor Pilet. Sodann wurde die gestern ausgesetzte Verhandlung
über den Müller Quandt erledigt und hierauf zur Vernehmung des
Rechtsanwalts Schulz von Wanleben geschritten. Die von Dorn ge-
führte Vertheidigung für Pilet gab dem Staatsanwalt zu einer Beschwerde
gegen den Vertheidiger Anlaß, auf welche der Vorsitzende der Haltung
des Vertheidigers seine Anerkennung auszusprechen Gelegenheit nahm.
Bemerkenswerth war der Nachweis des Vertheidigers, daß die An-
klage gegen Pilet einen Tag nach Ablauf der Verjährungsfrist einge-
reicht sei.

Der Angeklagte, Assessor Schulz, ist beschuldigt, den Beschluß der
Nat.-Vers. vom 15. Novbr., sowie die Proclamation vom 18. Novbr. in
seinen Wahlkreis gesendet und in dem dortigen Wochenblatt veröffentlicht
zu haben. Er gesteht die Thatfachen zu, giebt aber zu seiner Vertheidigung
an, daß die Veröffentlichung, da das Wochenblatt nur einmal wöchent-
lich erscheint, erst acht Tage später, nachdem die Beschlüsse schon im gan-
zen Lande bekannt waren, erfolgt sei. Der folgende Angeklagte, Bauer
Kiebe zu Rohrsdorf, ist ebenfalls der Verbreitung der betreffenden Druck-
sachen beschuldigt, hat außerdem noch an seine Wähler einen Brief mit
höchst energischen Ausdrücken, worin er zur Ausführung des Beschlusses der
Steuerverweigerung, zur Beschlagnahme der Kassen zc. auffordert, gesen-
det. Er giebt den Inhalt der Anklage ebenfalls zu. Die Briefe seien
von einem Handlungsdiener Rothschild, nach seiner Angabe, geschrieben
gewesen. Der Angeklagte, ein gerader schlichter Landmann, macht durch
seine zwar komischen, aber sehr treffenden, von gesundem Verstande zeu-
genden Auslassungen einen angenehmen Eindruck auf alle Anwesenden. Er
warf die Frage auf, ob er, wie dies so oft in der Nationalversammlung
von der Tribune herab gesagt worden, denn gleichberechtigt mit der Krone
sei, oder nicht. Wäre das Erstere der Fall, so könne er unmöglich unter
Anklage gestellt werden, wäre jedoch das Letztere der Fall, so habe er frei-
lich gefehlt, jedoch ohne sein Verschulden, da er stets geglaubt habe, die
Versammlung sei mit der Krone gleichberechtigt gewesen. Der Staats-
anwalt hält die Anklage aufrecht. Der Vertheidiger, Advokatanwalt Dorn,
findet in den Handlungen, denen der Staatsanwalt eine Aufforderung zum
aktiven Widerstande entnimmt, durchaus keine Erregung von Aufruhr. Es
handle sich lediglich um die Frage, ob die Nationalversammlung zur Steuer-
verweigerung berechtigt war oder nicht, welche von Seiten der Staats-
anwaltschaft stets umgangen würde. Er erinnert an die damalige bewegte
Zeit, wie der Nationalversammlung von allen Seiten Zustimmungsbriefen
zugegangen seien und führt an, daß der Angeklagte, ein schlichter, einfacher
Mann, sich zur Führung seiner Correspondenzen eines jungen Mannes be-
dient habe, dem einige leidenschaftliche Ausdrücke zu verzeihen seien. Er
beantragte das Nichtschuldig. — Demnächst folgte der Rector Jörn aus
Festenberg. Derselbe soll ebenfalls durch Verbreitung des Steuerverwei-
gerungs-Beschlusses sich des versuchten Aufruhrs so wie der Erregung von
Mißvergnügen gegen die Regierung schuldig gemacht haben. Der Ange-
klagte erwähnt zuerst, daß er, als Student, wegen Theilnahme an einer
Burschenschaft in den Jahren 1829 bis 31, bereits mit einem 6monatlichen
Festungsarrest bestraft sei. Er giebt die in der Anklage aufgeführten That-
sachen zu, bekennt jedoch die untergelegte Absicht.

Mehrere Aktenstücke werden verlesen. Zum Defensionalbeweise über-
reicht der Angeklagte Atteste vom Magistrat zu Festenberg und von dem
Superintendenten seines Kreises. Bereits vor seiner Abreise von hier, sei
er, wie er angiebt, von dem Landrathe seines Kreises denunciirt worden,
da derselbe ihm feindselig gesinnt gewesen sei. Der Staatsanwalt weist
zunächst die gegen den Landrath ausgesprochenen Verdächtigungen zurück
und hält demnächst, auf die Thatfrage eingehend, die Anklage aufrecht.
Der Vertheidiger Dorn tritt zuerst den in der Anklage enthaltenen An-
gaben, der Anklage wegen Erregung von Mißvergnügen und des frechen
Tabels der Regierungsmaßregeln, entgegen. Dies seien Ausdrücke, welche
nach Aufhebung des §. 151 des Allgemeinen Landrechts nicht mehr statt-
haft seien, wogegen der Staatsanwalt bemerkt, daß die Anklage bereits
vor Aufhebung dieses Paragraphen abgefaßt worden sei und daß diese An-
gaben nur aus Versehen stehen geblieben seien. Eine hierüber zwischen
Staatsanwalt und Defensor sich erhebende Debatte bricht der Vorsitzende,
als nicht zur Sache gehörig, ab. Nach Beendigung der Verhandlung wurde
die Sitzung um 3 Uhr geschlossen.

Berlin, 15. Februar. Ihre Majestäten der König und die
Königin besuchten gestern Abend die Vorstellung im Opernhause, der auch
Ihre Königlichen Hoheiten der Prinz Karl, Prinz Albrecht, Prinz
Friedrich von Preußen, Prinz August von Württemberg und Se.
Hoheit der Herzog von Braunschweig beiwohnten. Das Publikum zeigte
sich von der Gegenwart der Allerhöchsten Herrschaften, die mehrfach den
Leistungen der Künstler applaudirten, sehr enthusiastisch.

— Es wird leider immer wahrscheinlicher, daß der Minister des Krie-
ges, Herr v. Strotha, wegen geschwächter Gesundheit aus dem Ministe-
rium ausscheiden wird. Die Wünsche seiner Collegen sind nicht vermögend
gewesen, ihn zum Verbleiben zu bestimmen.

— Die dänische Sache nimmt unter der eifrigen Mitwirkung Eng-
lands jetzt wenigstens eine solche Gestalt an, daß der Ausbruch neuer
Feindseligkeit und eine Erneuerung der Blokade nicht zu fürchten steht.

— Die Berliner Wahlmänner für das Erfurter Parlament, etwa
700 an der Zahl, werden ihren Abgeordneten, dem Minister-Präsidenten
Grafen v. Brandenburg, dem Minister des Innern, Herrn v. Manteuffel,
Herrn v. Bodenschwingh und Herrn v. Bülow, ein Festmahl geben. Die
Gefeierten haben indeß den Wunsch zu erkennen gegeben, es möchte das-
selbe bis nach dem Schluß der Kammern (26. Februar) verschoben werden.

— Gestern trieb sich in der Königsstraße ein Kerl umher, der in den
Häusern ein Flugblatt: „Neueste Nachrichten aus Paris“, verkaufte, nach
welchen Louis Napoleon geflüchtet, Chagnarnir guillotiniert und die voll-
kommen sociale Revolution ausgebrochen war. (N. P. 3.)

— Vorgestern hat eine Versammlung der Führer der demokratischen
Partei stattgefunden, in welcher beschlossen worden, im Verein mit den Steuer-
verweigerern eine Denkschrift herauszugeben, in welcher dargethan werden
solle, daß Preußen mit der gegenwärtigen Verfassung nicht gebehren könne.
Ausdrücklich wurde beschlossen, mit der Abfassung Herrn Robbertus nicht
zu beauftragen.

— In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung be-
schloß dieselbe, dem Antrage der vorberatenden Deputation gemäß, an die
erste Kammer gegen die Einführung der Einkommensteuer für Berlin nicht
mehr zu petitioniren, da bereits in der Petition an die zweite Kammer alle
Gründe erschöpft sind. Dagegen ernannte die Versammlung Mitglieder
zu einer gemischten Deputation, welche mit einem Königl. Commissarius
darüber zu conferiren hat, in wie weit die Wahl- und Schlachtsteuer als
Communalsteuer fortzuerheben sei, und in wie weit die Ermäßigung einer
andern Communalsteuer dadurch bewirkt werden kann, wenn die Wahl-
und Schlachtsteuer jetzt gänzlich der Commune zukommt, wogegen dies bis-
her durch eine Quote geschieht. (Vorausichtlich wird eine Ermäßigung
der Miethsteuer eintreten können.) — Die Versammlung beschloß ferner,
dem Herrn Prof. Drake in Anerkennung des hohen Kunstwerths des im

Zhiergearten aufgestellten Monuments des hochseligen Königs ein Ehrengeschenk von 2000 Thlr. zu machen.

Es sollen in Berlin mehrere neue Kasernen gebaut werden, woraus zu schließen ist, daß die Hauptstadt dauernd eine stärkere Garnison erhalten werde.

In der vorgestrigen Nacht ist hierselbst bei dem bekannten Verlagsbuchhändler Simion vermittelst gewaltsamen Einbruchs ein so bedeutender Diebstahl an Verlagswerken erfolgt, daß derselbe die hiesigen Antiquare durch ein Circular davon in Kenntniß gesetzt und sie vorkommenden Falls zum Anhalten der einzelnen Werke veranlaßt hat. (B. 3.)

Von einem Schutzmann wurde heute Morgen ein achtjähriges Mädchen halb erfroren unter der Treppe eines Hauses in der Petristraße entdeckt, nach der Wache gebracht und dort erwärmt und gesättigt. Die Angaben des armen Kindes erregten die allgemeine Theilnahme. Das Mädchen erzählte, daß am vorigen Freitag seine Mutter B. an der Schwindsucht, der Vater am Sonntag an Krämpfen gestorben seien; die Waise sei nun zu ihrer kranken Großmutter in der Rosenthalerstraße gegangen, aber auch diese ihre letzte Hülfe sei am Montag gestorben, und nun, da kein Mensch sich über das arme Kind erbarmt, habe es, ganz verlassen, sich unter jene Treppe geflüchtet und dort ohne wärmende Kleidung und Nahrungsmittel fast 48 Stunden zugebracht. So weit die Tragik. — Keiner der Bemitleidenden hätte es dem niedlichen Kinde mit den Thränen des Elends im Auge angesehen, daß die ganze Erzählung erlogen war, bis sich ermittelte, daß das Mädchen vor 2 Tagen von seiner Mutter mit Geld zum Schlächter geschickt worden, dies vernascht, sich nicht nach Hause getraut und bis heute umhergetrieben hatte. — Das Kind brauchte kaum noch in eine „freie“ Schule geschickt zu werden zur weitem Ausbildung. (N. Pr. 3.)

Breslau, 12. Februar. Die constitutionelle Bürger-Resource feierte gestern Abend nachträglich die am 6. Februar d. J. erfolgte Beschwörung der preussischen Verfassung durch ein gemeinschaftliches Abendessen. — Gestern constituirte sich hier eine „Arbeiter-Verbrüderung.“ Die Zahl der Vereinsmitglieder beläuft sich auf 350, darunter befinden sich 100 Schneider, über 50 Schuhmacher und außerdem fast Mitglieder aller Gewerke.

Braunschweig, 12. Februar. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Versammlung zeigte der Präsident an, daß die Regierung die mit der Krone Preußen abgeschlossene Militair-Convention übersandt habe. (D. R. 3.)

Gotha, 14. Februar. Nach unserem auf den breitesten Grundlagen und geheimer Abstimmung beruhenden Wahlgesetz sind von den 25 Wahlbezirken zur Stunde die Resultate von 20 bekannt. Die Majorität dieser Wahlen (14) ist demokratisch ausgefallen. In der Hauptstadt, welche 4 Deputirte zu entsenden hat, haben die Parteien ein gleiches numerisches Verhältnis der Vertretung gefunden.

Die erste Frage für den neuen Landtag wird die Vereinigung Gotha's mit Koburg sein, und wenn der Landtag sie zurückweist, wird er höchst wahrscheinlich aufgelöst. (D. R.)

Karlsruhe, 9. Februar. Aus New-York sind Briefe angelangt, welche die Ankunft Brentano's in jener Stadt beschreiben. Auf die Kunde seines Daseins hat sich eine Menge Deutscher versammelt und ihn mit Steinwürfen dermaßen maltrairt, daß er sein Leben lediglich dem Einschreiten der Amerikaner zu verdanken hatte. Auch über Hecker beklagen sich die eingewanderten Flüchtlinge sehr, denn er hat ihnen rundweg erklärt, nichts mehr von ihnen wissen zu wollen. (F. 3.)

Mainz, 12. Februar. Am 18ten d. M. beginnen die Affensitzungen wieder. Unter den Angeklagten befindet sich auch Adam Schneider von Niederingelheim, des Mordversuchs an dem Prinzen von Preußen und der Körperverletzung eines Postillons beschuldigt.

Frankfurt, 9. Februar. Hr. v. Radowiz hat von Berlin die beste Zuversicht hieher zurückgebracht. Seine ersten Worte belebten den Muth derer, die ihre einzige Hoffnung für Deutschland in das Gelingen und Gedeihen des Bundesstaates setzen. Die Zahl dieser mehr ist mit jedem Tage, besonders nachdem die hervortretenden Absichten der sogenannten großdeutschen Regierungen allen Zweifel darüber benehmen, daß bei ihnen in keiner Weise Heil zu finden ist. Auch die kommerziellen Vorschläge Oesterreichs verfehlen durchaus ihren Zweck; sie lassen vielmehr die gerade entgegengesetzte Wirkung gewahr werden. Man hofft — was jetzt auch schon verlautet — Preußen werde jene Vorschläge vor der Hand ablehnen. — Der Donnerstags Antrag im hiesigen gesetzgebenden Körper erhielt die verschärfte Fassung erst, nachdem Oesterreichs Handelsvorschläge bekannt geworden. Beweis genug, wie man das Projekt im Publikum beurtheilt. Zu allem Ueberflus erfährt man auf dem zuverlässigsten Wege von Wien, daß gerade dort in höheren Kreisen als Glaubensartikel gilt, Oesterreich werde mit diesem neuen „Störungsversuch“ großartig Fiasco machen. (Köln. 3.)

Frankfurt a. M., 13. Februar. Die Vorsehung hat heute eine drohende Gefahr von Sr. K. Hoheit dem Prinzen von Preußen abgewendet. Es war 7^{1/2} Uhr Morgens, als der Prinz in seinem Bette durch die geöffnete Verbindungstür des Schlafgemaches mit dem Wohnzimmer einen von dort reflektirten Flammenschein gewahr ward. Kaum vermochte er sich zu erheben, als schon das ganze Wohnzimmer vom Feuer ergriffen war. Die seidenen Tapeten und Vorhänge brannten hell auf und machten es dem Prinzen nur noch möglich, den Glockenzug zu erreichen und sich in das Schlafzimmer zurückzuziehen, wohin Flammen und dichter Rauch in fast erstickender Weise folgten. Der Prinz verschaffte sich Luft durch Sprengung von Fensterscheiben und wurde sodann durch den hinzugelommenen Grafen von Pückler und durch seine Bedienung glücklich aus der gefahrvollen Lage befreit. In kurzer Zeit gelang es, das Feuer mittelst einer Handspitze zu löschen, so daß kein weiterer Alarm entstand. Der Prinz ist, dem Himmel sei Dank, unverfehrt geblieben; auch beklagt man keinen anderen Verlust, als daß die ganze innere Bekleidung des Wohn- und Schlafgemachs zerstört wurde. Der Brand war durch die Glut eines eisernen Ofens veranlaßt, in dessen zu großer Nähe sich leicht entzündliche Bettvorhänge befanden. Se. Königl. Hoheit bezog sogleich andere Gemächer in demselben Hotel und befindet sich, wie wir zu unserer Freude auf zuverlässigem Wege erfahren, durchaus wohl. Ein eigentliches Verschulden soll nach Lage der Sache Niemand zur Last fallen.

Unser würdiger Stadtkommandant, Major Deetz, ist seit einigen Tagen bedenklich erkrankt. Die mit seiner schwierigen Stellung verbunde-

nen Anstrengungen hatten wohl einen Schlaganfall, von dem er betroffen wurde, herbeigeführt. Wir hoffen, daß in ihm ein unermülich treuer Diener dem Vaterlande erhalten werde. (D. R.)

Luxemburg, 8. Februar. Die Eröffnung der Kammer, die schon am 5ten d. M. stattfinden sollte, ist vom Könige bis auf den 19ten hinausgeschoben worden. Man suchte den Grund dafür Anfangs in der Abwesenheit des Herrn Willmar, aber wie man jetzt erfährt, ist derselbe von größerer Bedeutung. Es heißt nämlich, der König werde den Prinzen Heinrich — denselben, welcher hier zuerst die deutsche Fahne einziehen ließ — zu seinem Stellvertreter im Großherzogthum ernennen. Eine solche Stellvertretung durch einen königlichen Prinzen ist in der Constitutions-Akte ausdrücklich vorgeesehen, und es würde daher nur von einem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht werden. Es ließen sich Betrachtungen mancherlei Art, ja, vielleicht sogar mancherlei Besürchtungen an dieses Ereigniß knüpfen, für den Fall, daß es so sicher eintritt, wie versichert wird; aber wir unterdrücken dieselben in der Voraussicht, daß wir sie bald durch den Bericht von Thaten werden ersetzen können. Der 19te Februar aber ist der jour de fête des Königs, und man hat ohne Zweifel durch diese Wahl dem Tage, an welchem der Prinz vor der Kammer den Eid auf die Constitution ablegt, eine besondere Weihe geben wollen. Daß Prinz Heinrich dann seine Residenz hier aufschlagen werde, ist wohl gewiß. (Köln. 3tg.)

Hamburg, 14. Februar. Der hiesige Freibandelsverein hat Preise für eine Schrift aufgestellt, welche in einer Stärke von nur 2 bis 3 Druckbogen das Prinzip der Handelsfreiheit und dessen heilsame Folgen für Jedermann in klarer und populärer Sprache darlegt. Die erste Preisschrift erhält 20 Louisd'or, die zweite und dritte jede 10 Louisd'or; die Annahme wird zum 31. Juli d. J. geschlossen. Nothwendig sind 1) der Begriff und das Wesen der Handelsfreiheit, 2) die Vortheile der Handelsfreiheit und 3) die praktische Verwirklichung der Handelsfreiheit. (D. R.)

Von der Elbe, 10. Februar. Die Anmaßung Dänemarks gegen Preußen und Deutschland steigt mit jedem Tage! Nicht genug, daß man sich in Dänemark in der letzten Thronrede, allem diplomatischen Gebrauch zuwider, Invektiven gegen Preußen und Deutschland erlaubt, nun fordert Dänemark, daß ihm Schleswig ohne Entscheidung der Waffen zur selbstbeliebigen Disposition überliefert werde! Privatmittheilungen aus Kopenhagen bestätigen die im Hamburger unparteiischen Correspondenten aus Kopenhagen vom 5. Februar enthaltene Nachricht über die Forderungen Dänemarks rücksichtlich der Verlängerung des Waffenstillstandes. Zurückziehen der preussischen Truppen aus Schleswig, Besetzung des Herzogthums im Süden der Demarkationslinie mit schwedischen, im Norden der Demarkationslinie mit dänischen Truppen und Einsetzung einer vom König von Dänemark ernannten Regierung! Dies sind die bescheidenen Forderungen Dänemarks, unter denen es sich herablassen will, den Waffenstillstand auf 12 Monate zu verlängern. (H. C.)

Altona, 13. Februar. Mittelft Extrazüge sind heute von Rendsburg nach Altona 1030 zur Entlassung gekommene Kriegesreserven des 7ten preussischen Infanterie-Regiments befördert worden. — Mit dem morgenden Frühzuge werden circa 650 Mann Ersatzmannschaften des 12ten Infanterie-Regiments von Altona nach Rendsburg befördert.

Schleswig-Holstein hat jetzt 11 Kanonenböte, 1 Schraubenkanonenboot, 1 Schooner und einen kleinen Kutter. Zur vollen Besatzung dieser kleinen Flotte gehören 750 bis 800 Mann. See-enrollirte Schleswig-Holsteiner giebt es circa 8—9000, nämlich 5—6000 Schleswiger und 3—4000 Holsteiner.

Flensburg, 11. Februar. Sämmtliches in Angeln stationirtes preussisches Militair begiebt sich heute und morgen nach Schleswig zurück. Die Bauern der Kirchspiele, in welchen jenes einquartiert gewesen, haben in einer Versammlung beschloffen, sie dahin zu fahren; heute sind 20 Fuhrren abgegangen, morgen folgen 40.

Fehmarn. Das Dorf Westermargelsdorf auf Fehmarn ist in der Nacht vom 26. auf den 27. Januar fast ganz abgebrannt. Das Vieh ist größtentheils geborgen, von der sonstigen Habe indeß nur wenig gerettet, und das Getreide ist alles ein Raub der Flammen geworden. Die Betroffenen haben nicht versichert gehabt und sind deshalb doppelt zu beklagen.

Oesterreich.

Wien, 12. Februar. Die neuesten Nachrichten aus Böhmen über den daselbst ausgebrochenen Grubenbrand bestätigen es, daß außer den beiden bemerzten Individuen Niemand das Leben verloren habe. Die anfänglich vermischten Bergleute arbeiteten, ohne von dem in ihrer Nähe entstandenen Brande eine Ahnung zu haben, in dem alten Felde ruhig fort und wurden Abends wohlbehalten zu Tage gefördert. Noch ist die Ursache des Brandes nicht erforscht; die von ihm und der Stickluft eingenommene Strecke im neuen Felde beträgt eine halbe Meile. Man will, wie wir hören, den Brand daselbst dadurch erstickten, daß man alle Verbindungsgänge zwischen dem alten und neuen Felde vermauert und verstopft, wodurch man zugleich den Vortheil erzielt, daß im ersteren ungestört fortgearbeitet werden kann. Der Schade an Aerarialgut dürfte sehr bedeutend sein. Im Rayon des Brandes sollen sich 40 bis 50,000 Ctr. bereits gewonnenen, aber noch nicht zu Tage gefördertem Salzes befinden, welche durch den Rauch und die entwickelte Luft ungenießbar werden, so wie auch in den vom Feuer und Rauch erfüllten Räumen durch längere Zeit kein brauchbares Salz wird gewonnen werden können.

Wien, 12. Februar. In Arab sind wieder 15 Todes-Urtheile wegen Beteiligte ehemaliger kaiserlicher Offiziere an der ungarischen Revolution gefällt, aber in verschiedene Grade Kerkerstrafe verwandelt worden. (D. Ref.)

Eine polizeiliche Verordnung untersagt in Mailand den Gebrauch von Masken und das Werfen der Corianterflügelchen auf den Straßen während des Carnevals. Auf Bällen dürfen jedoch Masken gegen eingeholte polizeiliche Erlaubniß getragen werden. (Const. 3.)

Schweiz.

Bern, 9. Februar. Die Propaganda hat für kommenden Frühling — so stellt es sich nun immer mehr heraus — der schweizerischen Eidgenossenschaft dieselbe Rolle zugebacht, wie voriges Jahr den Ungarn und der römischen Republik. Mazzini hat auf der Bank von Lausanne 200,000

Kranken deponirt, und einem unverbürgten Gerücht zufolge wäre diese Summe größtentheils nach Tessin gewandert. Im Canton Tessin häuften sich die österreichischen Ueberläufer immer mehr und in einer seiner drei Beschwerdeschriften hierüber an den schweizerischen Bundesrath nannte Kadezky sogar die Mitglieder ihres leitenden Committee's mit Namen. Der Bundesrath antwortete, gestützt auf die offiziellen Versicherungen der Regierung von Tessin, es müsse dies wohl ein Irrthum des tapfern Grafen sein. Um so auffallender ist die Thatsache, daß aus Tessin 17 ungarische Ueberläufer neulich hier angekommen sind, und auf einmal das Gerücht ausgeht, es befänden sich in Tessin noch über 100 derselben, meistens von Görgey's Corps herkommend und den italienischen Regimenten, in die man sie gesteckt, neulich entronnen.

Gleichzeitig hiermit schreibt der Mann des unbegrenzten Apfels, Herr Cytel, auf den 10. Februar eine General-Versammlung des patriotischen Vereins nach Lausanne aus, um die Flüchtlinge unter den Schutz des „Volks“ zu stellen, gegen den doppelten Beschluß der souverainen Behörden von Waadt und derer der Schweiz.

Die Besorgniß ängstlicher Gemüther, daß diese lieben Flüchtlinge im nächsten Mai etwa schweizerisches Souveränitätsrecht ausüben und durch Mitsimmen in den Wahlen den Ausdruck des wahren Volkswillens fälschen dürften, erhielt neulich neue Nahrung durch Herrn Stämpfli, den Führer der Radikalen, welcher im Regierungs-Rath das Votum abgab, Ausländer seien bei Gemeinbewahlen stimmberichtig und zu Gemeindebeamtungen wählbar, so daß doch wohl ein Pole Bürgermeister der Stadt Bern werden dürfte, eben darum, weil er ein Ausländer ist. Welch eine Freude müßte es für diese Fremden sein, im Frühling nach einem Wahlsiege in unserm Lande kraft eines Beschlusses der neuen Behörden den Feldzug gegen die Könige zu eröffnen mit einer Armee von 100,000 Schweizern und einem herrlichen Material! *En avanti i Lunzeri!* würden dann diese neuen Brüder bei jeder günstigen Gelegenheit rufen.

Die Gefahr ist größer als sie scheint. So wenig ich glaube, daß der Bundesrath diese Sympathien theilt, so wenig zweifle ich daran, daß die Armee seinem Wink zum Angriff folgen würde, ebenfalls nicht aus Sympathie, aber um der militairischen Disciplin willen.

Der Bundesrath hat aber bisher gegen die Auslandspartei wenig Energie gezeigt, viel weniger als gegen schweizerische Cantone, und nun arbeitet man in Genf, in Waadt, in Bern an Organisation eines neuen Sonderbundes im offenen Ungehorsam gegen ihn. Noch ist der Bundesrath stark, sehr stark, allein wenn er nicht bald das gutmüthige Zutrauen der Schweizer rechtfertigt und die Hoffnungen der Un-Schweizer zu Schanden macht, so dürfte es für ihn im eigenen Lande „zu spät“ sein und er dann ein schönes Reich zerstören. Schon nehmen übrigens diese Verhältnisse einen so drohenden Charakter und so bedeutende Proportionen an, daß ich unmöglich als bloßer Privatmann mein Wort darüber sprechen darf. (N. P. 3.)

Genf, 6. Februar. Die Conservativen sind hier alle einig, daß sich die Großmächte nicht bezwingen dürfen mit der Austreibung der Flüchtlinge, die Neutralität der Schweiz verbiete nicht nur jeden direkten Angriff, sondern auch die Propaganda durch Blätter wie die „Alliance der Völker.“ Was die Mächte befehlen werden, das wird die Schweiz thun, denn das Volk ist des gegenwärtigen Regiments ganz und gar müde, man fürchtet hier nichts als die halben Maßregeln, die, wie die Geschichte des Sonderbundes zeigt, das Verderben unserer Conservativen sind. Präsident Drucy sagte neulich in offener Sitzung des Nationalraths: „Man muß scheinbar der Gewalt weichen und eine günstige Gelegenheit abwarten, um glänzend Revanche zu nehmen.“ Da wird's selbst dem blödesten Auge klar, in welchem Sinne die jetzigen Machthaber in der Schweiz sich den gerechten Forderungen der Großmächte fügen. (N. P. 3.)

Vasel, 9. Februar. Ein der hiesigen Polizei zugekommenes Schreiben giebt Mittheilung eines Beschlusses des preussischen Generals v. Schreckenstein in Karlsruhe, daß laut badiischem Ministerialbeschuß vom 24. Januar 1850 keine aus der Schweiz gebürtige Handwerksgehilfen das Großherzogthum Baden betreten dürfen. (Basl. Z.)

Aus der östlichen Schweiz, 4. Februar. Die Revolutionspartei in der ganzen Schweiz hat bereits die Sache der bedrohten Berner Regenten zur ihrigen gemacht; der Krieg, welcher im radikalen Lager ausgebrochen war, hat aufgehört. Die Züricher Zeitung, so wie die rothen Berner Blätter machen gemeinsamen Chorus. — Wir stellen nun folgende Prognose: Wenn nicht ein ganz imposanter Volkswille im Canton Bern gegen die radikale Herrschaft vorhanden ist, so wird es den Conservativen nicht gelingen, die Radikalen vom Ruder zu bringen. Wir sind überzeugt, daß die Revolutionsmänner, so wie sie auf einen namhaften Anhang unter dem Volke rechnen können — was bei der Demoralisation eines Theils des Berner Volkes sich kaum in Abrede stellen läßt — und wenn der Sieg in den Wahlen ihnen nicht zu Theil werden sollte, durch offene Revolution die Herrschaft auch noch ferner sich sichern werden. Sie sind im Besitze aller Mittel, um eine solche Revolution mit dem sichersten Erfolge durchzuführen; sie haben die Gewalt in Händen, das ganze Beamtenhum für sich, das Militär steht unter radikalen Führern, einheimisches und fremdes Gesindel steht ihnen in Hülle und Fülle zu Gebote, dabei auch eine Uebung im Fache, die sie zu Lehrmeistern für Europa stempelt. — Sollte es wirklich zu solchen Gewaltthaten des Radikalismus kommen, dann steht dem Canton Bern ein Schicksal bevor, wie dasjenige der Cantone Luzern und Freiburg ist.

So viel scheint uns gewiß, daß der Wahlkampf in Bern, mag er enden wie er will, die Schweiz ihrem Schicksale entgegendrängt. Siegen die Conservativen, so wird ein neuer Parteikampf im Großen entstehen, und mit der bundesrätlichen Heuchelpolitik, welche Revolution im Herzen, Unterdrückung in den Armen und Legalität im Munde führt, hat es dann ein Ende; die Bundes-Agenten müssen die reine Farbe ihrer Partei dann anziehen und auch so handeln. Unterliegen die Conservativen, so werden die Herren Berner Radikalen verlangen, daß ihre offene Revolutionspolitik auch die der Bundes-Behörden sei; man wird ihnen gehorchen müssen. (N. P. 3.)

Frankreich.

Paris, 12. Februar. Die Vermittelung Frankreichs ist in dem Konflikt Griechenlands mit England nicht angekommen.

— „La voir du Peuple“ fängt an lächerlich zu werden; sie giebt über Proudhons geheime Haft förmliche Bülletins aus. Heute lautet dasselbe: „Vierter Tag: Herrn Proudhons geheime Haft dauert

fort.“ Weiter setzt sie nichts hinzu. Das erste Mal brachte sie wenigstens scharfe, wenn auch nicht innerlich wahre Bemerkungen dabei. Wenn aber das allgemein gekannte Faktum zu fast hingestellt wird, so ist die Grenze, wo der Ernst zum Gebiet des Lächerlichen überschreitet, sehr nahe.

— Emil v. Girardin, der bekanntlich Armand Carrel im Duell getödtet hatte, spricht sich heute auf folgende Weise über die Duell-Manie, welche in der National-Versammlung herrscht, aus: „Was beweisen alle Pistol-, Säbel- und Degen-Duelle? Nichts. In der Zeit, in welcher wir leben, sind Duelle ein Anachronismus, sie gehören einer andern Herrschaft, anderen Sitten, Ideen und Gebräuchen an, die nicht mehr existiren. Man duellirt sich stets fast nur deshalb, weil man nicht genug Geistesgegenwart gehabt. Mit etwas mehr Geistesgegenwart würde es fast nie Duelle geben. Es thut noth, daß Jemand den Muth habe, dies auszusprechen. Wir sagen es. Das Recht, es zu sagen, haben wir nur zu theuer und zu schmerzlich erkauft. Wir erklären, daß die Duelle ein Irrthum unserer Erziehung sind, gegen welche unsere Bildung protestirt. Duelle nach Beleidigungen sind eben so unsinnig, als Heren- und Kegerprozesse, als Verdammungs-Urtheile über die freie Presse, als das „Aufstandsrecht“ unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts. Keine Scheiterhaufen mehr, keine Barricaden mehr, keine Herausforderungen mehr! Weg mit der Unzulässigkeit, weg mit der Gewaltthätigkeit! Ueben wir die Freiheit unseres Jahrhunderts. Der Ungeduld der Willkür müssen wir furchtlos die Geduld des Rechts, der Schwäche des Irrthums zuversichtlich die Macht der Wahrheit, der Erbarmlichkeit der Beleidigung würdevoll die Ueberlegenheit der Verachtung entgegenstellen. Die Verachtung der Beleidigung ist der wichtigste Fortschritt, den wir zu machen haben. — Jedes Duell ohne Verwundung ist lächerlich, jedes Duell mit ernstlichen Folgen ist bedauerlich. Jedes Duell ist also eine Absurdität, eine Aufsehnung der Unvernunft gegen die Vernunft, eine letzte Anstrengung der Barbarei gegen die Civilisation.

— Gestern fand zu La Bilette, einer Vorstadt von Paris, eine blutige Balgerei zwischen Soldaten und mehreren Blousenmännern statt. Einige Soldaten des 14. Linienregiments gingen über den Pont de Flandres, als sechs Arbeiter ihnen zuriefen: „Nieder mit den Soldaten des Papstes!“ Die Soldaten erwiderten: „Kommt doch her, um uns niederzuschlagen.“ Dies war kaum ausgesprochen, als die Arbeiter sich über sie herstürzten, ihnen die Bajonette, mit welchen die Soldaten sich vertheidigen wollten, wegriffen, sie in den Koth warfen und mißhandelten. Nur die Dazwischenkunft anderer Personen endigte diesen Streit und die Arbeiter wurden verhaftet.

— Briefe aus Marseille vom 7ten melden, daß eine große Aufregung in dieser Stadt herrsche. Die Truppen sind sämmtlich consignirt, und an die Nationalgarde wurde Munition verabfolgt. Die Nachrichten aus anderen Theilen des Departements waren ebenso beunruhigend. Man wollte an diesem Tage in Marseille wissen, daß die Kothen sich des Zeughauses und der Präfektur bemächtigen wollten. Alle militairischen Posten in Marseille wurden verdoppelt.

Italien.

Rom, 2. Februar. Roffis Mörder, Felix Heri, wurde am 30. Jan. nach der Engelsburg gebracht. Man versicherte sich seiner in Ancona, als er mit einem nach Griechenland vifirten Vah sich auf ein zur Abfahrt bereit liegendes englisches Dampfschiff begeben wollte.

— So viel man aus den Nachrichten aus Portici entnehmen kann, wäre Pius IX. seit einiger Zeit wie von einem Heimweh nach Rom befallen, und dränge ernstlich darauf, in seine Hauptstadt zurückzukehren, trotz aller Gegenvorstellungen. Non ci si può più combattere, man kann nicht mehr mit ihm auskommen, äußerte ein kürzlich von Portici zurückgekommener Monsignore. Es scheint, daß man, um ihn zu beruhigen, endlich eingewilligt hat, und daß alle Vorkehrungen getroffen werden zu einer schleunigen Abreise.

Zürin, 6. Januar. Die neue piemontesische Anleihe von 80 Mill. Fres. ist mit dem Hause Rothschild zum Cours von 88 pCt. abgeschlossen worden.

Bermischte Nachrichten.

Stettin. Der hiesige konstitutionelle Verein hat folgende Adresse an die zweite Kammer gerichtet:

Hohes Kammer!
Das neue Abföngungsgesetz bedroht, besonders in unserer Provinz, die Kirchen, Schulen und milden Stiftungen mit großem Verlust, ja stellt die Existenz vieler der segensreichsten Institute alles Erstes in Frage. Im Interesse gerade der ärmeren Volksklassen, denen jenes Abföngungsgesetz keinen Vortheil bringt, indem er ihnen die Wohlthaten der Schulen und Stiftungen und die Tröstungen der Religion zu verkümmern oder zu entziehen droht, bitten wir eine hohe Kammer dringend:

sich dem in der ersten Kammer angenommenen Besserungs-Antrage anzuschließen und die Regelung der Abföngungen, welche Kirche, Schule und milde Stiftungen betreffen, der spätern Gesetzgebung zu überweisen.

Aus dem Munde des Königs haben die Vertreter des Landes den Dank des Volkes empfangen. Indem wir uns diesem Danke von Herzen anschließen, vertrauen wir fest darauf, die hohe Kammer werde sich auch den Dank der künftigen Geschlechter verdienen, indem sie denselben die Institute kräftig und lebensfähig erhält, welche zur Bildung und sittlichen Stärkung des Volkes unerlässlich sind.

Köln, 13. Februar. Gestern Abend gegen 8 Uhr traf das erste Boot der kölnischen Gesellschaft „Germania“, direkt von Mannheim kommend, hier ein. Wir haben selten in der eigentlichen Reise-Saison ein Boot so besetzt und mit Gepäc beladen gesehen. Da die Anfahrts-Brücke hier noch nicht hergestellt war, mußte es im Hafen landen, wo auch die Düsseldorf'sche Boote angelegt hatten. Der Dampfbootdienst ist auf der ganzen Rheinstrecke wieder in vollster Thätigkeit. (Köln. Ztg.)

— Das deutsche Hospital in London hat sein Jahresfest feierlich begangen. Anwesend waren beim Diner der Herzog von Cambridge, Ritter Bunsen und der Bischof von Manchester, der Baron Rueschbeck, Graf Perponcher u. A. Im vergangenen Jahre waren 476 Patienten aufgenommen worden und 1677 hatten außerhalb ärztliche Hülfe vom Hospital erhalten.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1/2 Sgr.; frei in's Haus; 2/4 Sgr.

Insertionspreis 6 Pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 40.

Sonnabend, den 16. Februar.

1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Wollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwiel.

Ginpassirte Fremde.

Den 14. Februar.

Hotel de Prusse. Reg.-Bau-Rath Hartwig, Kaufleute Kurz, Genrich, Eisenhard aus Berlin, Polstein aus Hamburg; Baumeister Nibelung aus Stargard; Apotheker Grapow aus Neustadt-Ebersw.; Gutsbesitzer Kessler aus Pritzenow, Schröder, Gutspächter Franz aus Peselein.
 Hotel de Russie. Kirchen-Administrator Boigt aus Garz a. D.
 Hotel du Nord. Prem.-Lieutenant Schöne aus Kiel; Gutsbesitzer Vauls aus Pasewalk; Defonom Stengel aus Neuhoff; Kaufleute Meyer aus Uchersleben, Mallion aus Königsberg, Röhmann, Junghaus aus Berlin, Reinhardt aus Magdeburg, Gottmann aus Goslar.
 Drei Kronen. Gutsbesitzer Edelmann aus Dornhagen, Glasfünftler Greiner aus Baruth; Kaufleute Burg, Schlieder aus Berlin, Krönig aus Bielefeld, Hutchinson aus Newcastle.
 Hartwigs Hotel. Gutsbesitzer Schulz, Engel aus Posen; Kaufleute Wilkens aus Minden, Dülge aus Berlin.
 Fürst Blücher. Gutsbesitzer Siemers aus Medlenburg; Domänen-Rath Bardow aus Breslau; Kaufleute Brück aus Berlin, Kämmerer aus Solchau; Maler Schevenberg aus Königsberg, Burger aus Berlin.

Wohlthätigkeit.

Fortsetzung der bei der hiesigen Kammerei-Kasse veranstalteten Kollekte zur Unterstützung der durch Wassersnoth Verunglückten im Gubrauer Kreise in Schlesien:
 No. 60) R. 5. 1 Thlr. 61) v. Daum 5 Thlr. 62) M. 1 Thlr. 63) R. 2 Thlr. 64) J. M. 3 Thlr. 65) C. A. R. 2 Thlr. 66) L. S. Am. 5 Thlr. 67) E. F. S. 3 Thlr. 68) H. & S. 10 Thlr. 69) J. W. v. L. 1 Thlr. 70) Kaufmann Scalla 5 Thlr. 71) C. D. 5 Thlr. 72) H. 5 Sgr. 73) C. R. 15 Sgr. 74) Tz. 1 Thlr. 75) C. L. R. 2 Thlr. 76) A. R. 1 Thlr. 77) Renbant K. 1 Thlr. 78) Aller 3 Thlr. 79) In einer Gesellschaft bei H. kollektirt 2 Thlr.
 Jede fernere Gabe wird auf der Kammerei-Kasse in den Vormittags- und Nachmittagsstunden gerne entgegen genommen.

Substationen.

Die zum Nachlasse des hierselbst verstorbenen Brauers und Rathsherrn Johann Daniel Schoensfeld gehörigen Grundstücke, als:
 1) das in der Stettiner Straße sub No. 211 belegene ganztagige Wohnhaus nebst dazu gehöriger Hauswiese,
 2) die im Füllentort sub No. 18 belegene Wiese,
 3) die vor dem Bahnhöfen Thore belegene ganze Scheune,
 4) die vor dem Stettiner Thore belegene massiv erbaute Remise,
 5) der vor dem Stettiner Thore belegene Garten,
 6) der vor dem Stettiner Thore belegene wüste Scheunenplatz,
 zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserer Registratur einzusehenden Taxe auf 8314 Thlr. 27 Sgr. 3 Pf. gerichtlich abgeschätzt, sollen am 27ten März 1850, Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle hierselbst subhastirt werden.
 Zugleich werden alle unbekanntes Reaspräsentanten aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion mit ihren Ansprüchen an die zum Verkauf gestellten Grundstücke spätestens in diesem Termine zu melden.
 Ppitz, den 14ten September 1849.
 Königl. Kreis-Gerichts-Deputation.

Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Das Grundstück No. 296 am Rosengarten soll auf den Wunsch der Eigentümerin am 12. März c., Nachmittags 4 Uhr, in dem Geschäfts-Lokale des Unterzeichneten meistbietend verkauft werden.
 Krause, Justiz-Rath.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Strohhut-Wäsche

in bekannter Güte bei

J. Röhmann & Co.



Ein kleiner, ganz schwarzer Wagenhund, auf den Namen Caro hörend, ist am 9ten d. M. beim Eurov'schen Speicher abhanden gekommen. Dem Wiederbringer eine angemessene Belohnung beim Gastwirth Wölter in der Mönchenstraße.

Bleichwaaren-Besorgung.

Nachdem Herr F. W. Beer am 7ten Juni vor. Jahres gestorben ist und ich als von dem hiesigen Gericht ernannt gewesener Disponent das laufende Geschäft des Jahres 1849 zu Ende geführt habe, so werde ich das Bleichgeschäft ganz in der Art, unter denselben Bedingungen und mit derselben Ordnung und Pünktlichkeit, wie das des Herrn F. W. Beer, für meine eigene Rechnung fortführen. — Ich bin seit 16 Jahren Compagnon der über 150 Jahre bestehenden Leinenhandlung unter der Firma Johann Martin Gottfried's seel. Wittve & Hess, und mein Haus besitzt selbst zwei, am Laßen gelegene Bleichhöfe, welche im Allgemeinen des klaren Wassers wegen bevorzugt werden, und insbesondere hat Herr F. W. Beer die Bleichen meines Hauses bevorzugt und den größten Theil seiner Waaren auf denselben bleichen lassen, weil er einer vorzüglich schönen, völlig unschädlichen reinen Natur-Nasen-Bleiche versichert war.

Ich kann deshalb mein Bleichgeschäft ganz besonders empfehlen, und es wird meine eifrige Sorge sein, das Vertrauen zu rechtfertigen, welches mir durch Ueberweisung von Bleichwaaren, seien es gewirkte Waaren oder Garne, geschenkt wird.

Die Herren A. Müller & Co. in Stettin besorgen die Uebernahme der Waaren und die Wiederablieferung derselben gegen Bezahlung meiner eigenen Rechnung, einschließlich aller und jeder Unkosten, völlig frei bis und in Stettin.

Die Annahme von rohen Bleichwaaren findet hier bis Mitte Juli statt.
 Hirschberg, in Schlesien 1850.

C. Troll.

Wir beschäftigen hiermit, daß wir die Bleichwaaren-Besorgung für Herrn C. Troll in Hirschberg in derselben Art, wie bisher für Herrn F. W. Beer, übernommen haben, und können vom 20ten d. Mts. ab bis Mitte Juni Leinen und Garne bei uns eingeliefert werden.

A. Müller & Co.

Lastadie, am Zimmerplatz No. 85.

Abraham's tragbare Gehör-Instrumente.

(Porte-voix en miniature.)

Taubheit.

Neue Entdeckung eines Gehör-Instrumentes, welches an Wirksamkeit Alles übertrifft, was bis jetzt zur Erleichterung dieses Uebels in Anwendung gebracht worden ist. Nach dem Ohr gebildet, kaum bemerkbar, indem es nur einen Centimeter Durchmesser hat, wirkt dieses kleine Instrument so bedeutend auf das Gehör, daß das mangelhafteste Organ dadurch seine Thätigkeit wieder erlangt. Die Kranken können wieder an der allgemeinen Unterhaltung Theil nehmen, und auch das Sausen, welches man gewöhnlich verspürt, verschwindet gänzlich. Mit einem Worte bietet diese Entdeckung in Bezug auf diese schreckliche Krankheit, alle nur möglichen Vortheile dar. Die Instrumente können (der Entfernung unbeschadet) bei franco Einlieferung einer

Anweisung, nebst gedruckter Gebrauchs-Anweisung, in Silber à 4 Thlr., in vergoldetem Silber à 5 Thlr., und in Gold à 8 Thlr. das Paar versandt werden. Auf portofreie Anfragen können zahlreiche Atteste über die Wirksamkeit des Instruments eingesandt werden. Man beliebe sich zu wenden: in Aachen an Herrn Abraham, Neupforte No. 883, in Brüssel (Belgien) an Herrn Abraham, Rue Neuve St. Justine Nr. 34, Faubourg de Namur.

Dank.

Ich halte es für meine Pflicht, dem Herrn Dr. med. Doecks aus Barnsdorf in Hannover'schen für meine Wiederherstellung öffentlich Dank abzusprechen! Seit vielen Jahren litt ich am Magenkrampf, welcher den Heilmitteln mehrerer Aerzte trotzte und meine Gesundheit immer mehr untergrub. Seitdem ich die Kurmethode des Herrn Dr. Doecks befolgte, bin ich hergestellt genesen, daß von meinem früheren Uebel auch nicht eine Spur mehr vorhanden ist.
 Wenn dies, mir von Dankbarkeit aufgelegte Bekenntniß zum Vertrauen auf meinen Heiler, der mich so liebevoll behandelt hat, und somit zur Rettung vieler Leidenden beitragen wird, so ist mein herzlich Wunsch erfüllt.
 Rothenfelde, den 26ten Januar 1850.
 Emilie Meyer.

Am Sonntage Invocavit, den 17. Februar 1850, werden in den hiesigen Kirchen predigen:

- In der Schloß-Kirche:
 Herr Prediger Palmis, um 8 1/2 U.
 Hosprediger Brunner, um 10 1/2 U.
 Prediger Beerbaum, um 2 U.
 In der Jacobi-Kirche:
 Herr Pastor Schünemann, um 9 U.
 Prediger Schiffmann, um 1 1/2 U.
 Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Schiffmann.
 In der Peters- und Pauls-Kirche:
 Herr Prediger Moll, um 9 U.
 Prediger Hoffmann, um 2 U.
 Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Moll.
 In der Johannis-Kirche:
 Herr Divisions-Prediger Flasch, um 9 U.
 Herr Pastor Teschendorff, um 10 1/2 U.
 Prediger Budy, um 2 U.
 Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Pastor Teschendorff.
 In der Gertrud-Kirche:
 Herr Prediger Jonas, um 9 U.
 Herr Prediger Collier, um 2 U.
 Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 2 Uhr hält Herr Prediger Collier.

Freie evangelische Gemeinde.
 Am Sonntage, den 17. Februar, Vormittags 10 Uhr, predigt im Saale der Friedrich-Wilh. Schule: Herr Pfarrer Genkel.

Freie christliche Gemeinde.
 In der Aula des Gymnasiums predigt am Sonntage, den 17. Febr., Morgens 9 Uhr: Herr Prediger Wagner.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.
 In der Aula des Gymnasiums am Sonntage Invoavit, den 17. Februar: Vormittags 10 1/2 Uhr Vorlesen. Nachmittags 3 Uhr dasselbe.

Am Sonntag den 17. Februar, Morgens 9 Uhr und Abends 8 Uhr, predigt in der Baptisten-Gemeinde (Rossmarkt No. 718 b.): Herr Prediger Suljan.

